

Theologe Henz beklagt mangelnde Aufnahmekultur in Deutschland Asylpolitisches Forum in Schwerte zum Thema Rassismus

Schwerte (epd). Der Theologische Vizepräsident der westfälischen Kirche, Albert Henz, hat mehr Anstrengungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen gefordert. „Ich glaube, dass noch sehr viel mehr getan werden muss für eine ausgeprägte Willkommenskultur“, sagte Henz beim diesjährigen Asylpolitischen Forum am Wochenende in Schwerte. Auch nach den von der Bundesregierung angekündigten Verbesserungen beim Bleiberecht für die 100.000 hier lebenden Flüchtlinge sei der behördliche Umgang mit ihnen noch überwiegend von Misstrauen geprägt, beklagte der Theologe.

Die Vorverurteilungen sind seiner Ansicht nach nicht zu rechtfertigen. Henz verwies auf eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung, wonach etwa die oft als sogenannte Armutszuwanderer bezeichneten Bulgaren und Rumänen staatliche Transferleistungen in deutlich geringerem Umfang in Anspruch nehmen als öffentlich behauptet. „Wir profitieren auch von den Flüchtlingen“, betonte der Theologische Vize der Evangelischen Kirche von Westfalen. Sie bereicherten das kulturelle und gesellschaftliche Leben. Zugewanderte Mitarbeiter zahlten mit in die Sozialsysteme ein. Es sei nicht hinnehmbar, wenn rassistisches Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft anzukommen drohe, sagte Henz.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag, Hans-Willi Körfges, sagte, die rot-grüne Landesregierung habe Konsequenzen aus den skandalösen Vorkommnissen in einigen Flüchtlingsübergangsheimen gezogen. So stelle sie den Kommunen zusätzlich 46 Millionen Euro für Unterbringungen zur Verfügung. Darüber hinaus werde die Kostenpauschale des Landes für die Kommunen um weitere 40 Millionen auf 143 Millionen Euro aufgestockt. Flüchtlingsheime unter anderem im siegerländischen Burbach, in Essen und Unna-Massen waren in die Schlagzeilen geraten, nachdem bekannt wurde, dass Wachleute dort Flüchtlinge misshandelt haben sollen. Die zusätzlichen Landesmittel reichten bei weitem nicht aus, die Kosten der Kommunen zu kompensieren, kritisierte der Münsteraner Sozialdezernent Thomas Paal. Zur Verbesserung der Wohnsituation von Flüchtlinge in Münster lasse die Stadt in verschiedenen Stadtteilen Wohnungen errichten, in denen maximal 50 Personen untergebracht werden können. Außerdem prüfe die Kommune die Einführung der Gesundheitskarte, die sich in Bremen bereits bewährt habe. Das erspare den Menschen die unwürdige Prozedur, ihre Krankheit einem Mitarbeiter des Sozialamtes vortragen zu müssen, erklärte Paal.

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Düsseldorfer Grünen, Monika Düker, rechtfertigte den umstrittenen Asylkompromiss. Er sehe auch „kleine Verbesserungen“ vor, darunter die teilweise Aufhebung der Residenzpflicht für Asylbewerber und eine erleichterte Arbeitsaufnahme. Die neue Bleiberechtsregelung des Bundes soll für gut integrierte Ausländer ohne klaren Aufenthaltsstatus gelten. Auf der anderen Seite soll das Ausweisungs- und Abschieberecht reformiert werden, um Ausländer künftig leichter abschieben zu können.

Zum Auftakt des Asylpolitischen Forums hatte sich der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Strässer, für legale Zugangsmöglichkeiten nach Europa außerhalb des Asylrechtes ausgesprochen. Das Grundrecht auf Asyl dürfe nicht weiter ausgehöhlt werden, sagte der SPD Bundestagsabgeordnete. Gleichwohl gebe es eine Reihe von Gründen, die Menschen dazu veranlassten, ihre Heimat zu verlassen, die nicht weniger respektabel seien. Der Vorsitzende der Hilfsorganisation „Pro Asyl“, Andreas Lipsch, forderte von den europäischen Ländern einen Paradigmenwechsel. Anstatt die Flüchtlinge als ordnungspolitisches Problem zu sehen, „wird es künftig darum gehen, in sie zu investieren“. Unter dem Titel „Rassismus – eine Gefahr für den Flüchtlingsschutz“ befasste sich das diesjährige Asylpolitische Forum mit Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit.